

Änderungsliste 2014 ff. - Ergebnishaushalt

Antrag Nr.	Antragsteller	Verwaltung	Verweis auf Antrag	006 SPD
------------	---------------	------------	--------------------	---------

Amt	Produkt	ALLE	Alle Produkte
	Kostenträger		
	Kostenart	50XXXX	Personalaufwand

	2014	2015	2016	2017
Ansatz Entwurf:	656.398,00	656.481,00	656.497,00	656.627,00
Geplante Änderung:	-86.000,00	-86.000,00	-86.000,00	-86.000,00
Neuer Ansatz:	570.398,00	570.481,00	570.497,00	570.627,00

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
H + F				

Erläuterungen Beschluss

Text Antrag

Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Aufgrund durchgeführter Neuberechnungen können die Personalaufwendungen reduziert werden.

Antrag Nr.	006	Antragsteller	SPD	Verweis auf Antrag	Verwaltung
Amt	Produkt	ALLE	Alle Produkte		
	Kostenträger				
	Kostenart	50XXXX	Personalaufwand		

2014 2015 2016 2017

Ansatz Entwurf:

Geplante Änderung:

Neuer Ansatz:

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
PA				
H + F				

Erläuterungen Beschluss

Text Antrag

Bei erheblichen Personalkostenschwankungen, die nicht durch tariflich begründete Veränderungen und/oder wesentliche Änderungen der Personalstellen (Kennzahl) zu erklären sind, wird die Verwaltung gebeten, diese Abweichungen in den Erläuterungen zu begründen.

Begründung:

Beispielhaft seien hier die Produkte 100402 (Wohnungsangelegenheiten) sowie 120101 (Verkehrsflächen und Brücken) genannt.

Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Die Verwaltung wird künftig bei erheblichen Personalkostenschwankungen in den Produkten hierzu Erläuterungen mit entsprechenden Begründungen vornehmen. Zu den beispielhaft angeführten beiden Produkten in 2014 ist folgendes auszuführen:

a)100402 "Wohnungsangelegenheiten"

Hier erfolgte Anfang 2013 mit dem Thema „Wohnungsbauförderung“ eine Aufgabenverlagerung vom Amt für Gebäudewirtschaft zum Amt für Soziales und Integration. Bei der Neuverteilung der Personalkosten während der Haushaltsplanberatung und der gleichzeitigen Anpassung an weitere Veränderungen in den Vorjahren wurde leider eine falsche prozentuale Zuweisung vorgenommen, die in den Beratungen nicht erkannt wurde. Die neue, richtige Verteilung der prozentualen Anteile mit dem Haushaltsplanentwurf 2014 führt dann zu der unverständlichen Ausweisung in diesem Produkt. Auch auf solche Korrekturen wird künftig hingewiesen.

b)120101 "Verkehrsflächen und Brücken"

Der bisherige Stelleninhaber ist zum 31.12.2013 rentenbedingt ausgeschieden. Versehentlich waren dennoch die bisherigen Personalaufwendungen noch im Entwurf des Haushaltsplans 2014 enthalten. Zwischenzeitlich wurde dies aber korrigiert, so dass sich die Personalaufwendungen hier um rd. 86.000 € reduzieren.

Antrag Nr.	008	Antragsteller	Allianz	Verweis auf Antrag
Amt	Produkt	ALLE	Alle Produkte	
	Kostenträger			
	Kostenart	50xxxx	Personalaufwand	

2014 2015 2016 2017

Ansatz Entwurf:

Geplante Änderung:

Neuer Ansatz:

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
PA				
H + F				

Erläuterungen Beschluss

Text Antrag

In folgenden Produkten werden die folgenden Stellen bzw. Stellenanteile gestrichen.

(Auflistung siehe Anlage "Antrag Nr. 8)

Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Ratssitzung am 14.05.2014 konkret mitzuteilen, an welchen Stellen die entsprechenden KW-Vermerke im Stellenplan angebracht werden.

Begründung:

Die ALLIANZ ist der Meinung, dass eine sachgerechte Erledigung der Aufgaben in den jeweiligen Produkten ist auch mit 4,6 % weniger Personal zu bewältigen ist.

Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Produkt 010201 Dienste der Verwaltungsführung und Repräsentation

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 11,72

kw-Vorschlag: -1,0

Bei einer Reduzierung, die sich vermutlich nicht auf die Stellen der Verwaltungsführung (9,25 VZK) beziehen dürfte, könnte durch das Team Bürgermeisterbüro (2,47 VZK) eine Vielzahl von Veranstaltungen im Bereich der allg. Repräsentation nicht mehr durchgeführt werden.

Produkt 010401 Personal- und Schwerbehindertenvertretg.

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 2,2

kw-Vorschlag: -0,5

Es besteht ein gesetzlicher Anspruch (abhängig von der Beschäftigtenzahl der Dienststelle) auf Freistellung für die Personalratsarbeit in Höhe von derzeit 2,0 VZK. Daneben besteht ein Anspruch auf Erledigung der Sekretariatsarbeiten durch eine von der Verwaltung gestellte Mitarbeiterin, da nach § 40 Landespersonalvertretungsgesetz die Dienststelle dem Personalrat in erforderlichem Umfang u. a. Büropersonal zur Verfügung zu stellen hat. Diesem Anspruch wird mit dem 0,2-VZK-Anteil einer Verwaltungskraft entsprochen, so dass ein kw-Vermerk hier rechtlich nicht zulässig ist.

Produkt 010601 Dienstleistungen für Verwaltung/Hauptamt

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 9,65

kw-Vorschlag: -0,5

Die Realisierung eines kw-Vermerkes käme nur bei der Besetzung der Infothek und Telefonzentrale in Betracht, da die übrigen Aufgaben (Poststelle, Botendienst in geringem Umfang, Druckereitigkeiten, Beschaffungen) im Interesse der Gesamtverwaltung täglich zeitnah erledigt werden müssen. Eine Reduzierung der Personalstärke im Bereich Infothek/Telefonzentrale würde längere Wartezeiten der Besucher und Anrufer mit sich bringen sowie eine erhebliche Verkürzung der Besetzungszeiten der Infothek an allen Nachmittagen und das Streichen der Besetzung am Samstagvormittag erfordern.

Produkt 010604 Technische Dienstleistungen/Bauhof

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 55,21

kw-Vorschlag: -5,0

Durch die in den vergangenen Jahren durchgeführten Organisationsuntersuchungen wurde der heutige Stellenansatz als angemessen angesehen. Eine Kürzung um ca. 9 % führt dazu, dass z. T. sichtbare Einschnitte im Bereich der Pflege und Unterhaltung von Kanälen, Straßen, Grünflächen sowie sonstiger öffentlicher Flächen entstehen.

Produkt 010605 Fuhrparkmanagement

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 3,41

kw-Vorschlag: -0,41

Die KFZ-Werkstatt ist spezialisiert auf Arbeiten, die sonst nicht zeit- und ortsnah erledigt werden könnten. Damit können Kosten für Reserve- und Mietfahrzeuge gering gehalten werden. Durch die hohe Refinanzierung der Personalkosten über Gebühren macht sich die vorgeschlagene Senkung nicht im Haushalt bemerkbar.

Produkt 010607 Verwaltungsdienstleistungen für das Baudezernat

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 5,12

kw-Vorschlag: -0,5

Bereits zwischen 2011 und 2014 konnten durch Umstrukturierung des Amtes 60 in diesem Produkt 1,4 VZK (im ganzen Amt 1,9 VZK) eingespart werden. Eine weitere Stellenreduzierung würde die Abwicklung der Beitragsabrechnungen und vor allen Dingen die Erstellung der für die Vorhabenbezogene Bebauungspläne notwendigen und umfangreichen Durchführungsverträge (wie z. B. Reichshof) nicht mehr zeitnah ermöglichen. Die zeitintensive Betreuung und Beratung von Bauwilligen sowie die Abwicklung des IHK könnte nicht mehr gewährleistet werden.

Produkt 010608 Dienstleistungen der Zentralen Vergabestelle

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 1,22

kw-Vorschlag: -0,22

Es sind umfangreiche Vorbereitungen und Prüfungen notwendig, die aus gestiegenen Anforderungen an das formelle Verfahren öffentlicher Vergaben resultieren. Dies führt dazu, dass die rechtmäßige und wirtschaftliche Durchführung von Vergabeverfahren unter dem Gesichtspunkt der Korruptionsprävention mit geringeren Stellenanteilen nicht zu gewährleisten ist.

Produkt 010701 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 2,08

kw-Vorschlag: -0,4

Die Pflege und Betreuung des städtischen Internetauftritts, die Erstellung von Veröffentlichungen der Ämter unter Berücksichtigung des CD der Stadt sowie die Herausgabe der amtlichen Veröffentlichungen binden den größten Anteil der vorhandenen Stellenkapazitäten. Bei Realisierung des vorgeschlagenen kw-Vermerks würde der weitere Ausbau des Internets verzögert, insbesondere der Bereich des Bürgerservices. Die Vorbereitung einer Städte-App würde beeinträchtigt. Broschürenentwürfe müssten vermehrt kostenintensiv fremdvergeben werden und Aufgaben wie die Redaktion von Bürgerbroschüren, die regelmäßige Aktualisierung von Bürgerinfomappen und die fotografische Begleitung städtischer Veranstaltungen aller Art würden stark eingeschränkt werden müssen oder entfallen.

Produkt 010801 Personalmanagement

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 2,05

kw-Vorschlag: -0,2

Personalauswahlverfahren und die Ausbildung von Nachwuchskräften sind unverzichtbare Aufgaben des Produktes, die bei zunehmend größer werdenden Problemen mit der Suche nach und der Einstellung von qualifizierten Bewerber/innen steigende Zeitanteile binden. Die Bearbeitung des Stellenplans ist eine unverzichtbare gesetzliche Aufgabe. Hierzu zählt auch die Stellenbemessungsprüfung bei Anträgen zum Stellenplan. Ein Verzicht auf diesen Aufgabenanteil wäre unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht sinnvoll.

Produkt 010804 Personalservice

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 15,19

kw-Vorschlag: -2,5 (= Empfehlung 4 von BSL)

Von den zu Beginn der BSL-Untersuchung vorhandenen 10,5 Springerstellen konnten bereits 2 abgebaut werden, empfohlen wurden 2,3 VZK. Da vor kurzer Zeit eine weitere Person ausgeschieden ist, kann die Stelle 10.60005 (VZ, EG

6) nun ebenfalls wegfallen. Damit wird die Empfehlung sogar übererfüllt.

Produkt 010901 Haushaltsangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 6,12

kw-Vorschlag: -1,0

Die vom Gesetzgeber geforderte Aufstellung des Haushalts, die Erstellung des Jahres- und des Gesamtabchlusses könnte ebenso wie das gerade erst eingerichtete Beteiligungsmanagement und das Controlling nicht in dem geforderten Maße erfolgen. Hierfür ist ein umfangreiches Fachwissen notwendig, das in den letzten Jahren immer weiter verkompliziert worden ist. Eine Stellenreduzierung wäre hier kontraproduktiv.

Produkt 010906 Buchhaltungsangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 10,15

kw-Vorschlag: -0,5

Eine Verringerung der Stellen ist nicht möglich, da in den vergangenen Jahren die Zahl der zu buchenden Anordnungen und der zu vereinnahmenden Zahlungen stark angestiegen ist. Als Beispiel sind hier der Ausbau der Kindertagesplätze im Bereich der U3 und Ü3-Plätze und das gesamte Jeki-Projekt zu nennen. Hinzu kommt die Eingabe evtl. Abbuchungsermächtigungen, die Klärung von nicht zuzuordnenden Zahlungen, Bearbeitung von Erstattungen, befristeten und unbefristeten Niederschlagungen etc. Auch die Verwaltung der Sepa-Lastschrift-Mandate ab 2014 erfordert einen höheren Verwaltungsaufwand.

Produkt 010907 Vollstreckungsangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 5,13

kw-Vorschlag: -0,5

Die GPA NRW hat nach ihrer Prüfung der Zahlungsabwicklung der Stadt Hilden im Dezember 2009 festgestellt, dass die Personalressourcen im Bereich der Vollziehungskräfte unterdurchschnittlich sind. Die GPA weist darauf hin, dass bei steigenden Fallzahlen Einnahmeverluste durch Erreichen von stellenbezogenen Kapazitätsgrenzen zu erwarten sind. Weil sich an der Gesamtsituation nichts geändert hat, wäre eine Streichung von Stellen die falsche Vorgehensweise. Mit Einnahmeverlusten wäre zu rechnen.

Produkt 011001 Technikunterstützte Informationsverarbeitung

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 11,87

kw-Vorschlag: -1,0

Seit Anfang 2009 erfolgt im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die komplette IT-Betreuung der Schulen in Erkrath durch die Stadt Hilden. Eine VZ-Stelle wird vollständig durch die Stadt Erkrath refinanziert. Der IT-Medieneinsatz in den Schulen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiter erhöht. Dies ist bisher durch Arbeitsverdichtungen und Umorganisationen innerhalb des Sachgebietes aufgefangen worden.

Eine Verringerung der Stellenausstattung ist nur mit einer Reduzierung der Leistung für die Hildener Schulen möglich (eine Reduzierung der Leistung für die Erkrather Schulen kommt nicht in Betracht, da die Stadt Erkrath für eine vertraglich vereinbarte Leistung zahlt). Eine weitere Reduzierung des IT-Personals für den Bereich der Kernverwaltung würde, wie die BSL-Untersuchung und die Erfahrungen der Nachbarstädte zeigen, zu einem erhöhten Bedarf an externen Dienstleistungen führen, was insgesamt sogar zu höheren Gesamtkosten führen könnte.

Produkt 011004 Organisationsangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 1,51

kw-Vorschlag: -0,5

Aufgaben des laufenden Tagesgeschäfts, Beantwortung aktueller Fragen und Anträge aus den Ämtern, Anpassung von Dienstanweisungen oder Dienstvereinbarungen, Vorbereitung und Durchführung von oder Teilnahme an Arbeitsgruppen innerhalb der Verwaltung sowie besonders die Korruptionsprävention und die Einführung interner Kontrollsysteme in der Gesamtverwaltung sind unverzichtbar für eine wirtschaftliche und gesetzeskonforme Aufgabenerledigung in der Gesamtverwaltung. Lediglich Projekte, insbesondere Organisationsuntersuchungen, könnten entfallen mit der Konsequenz, dass mögliche Einspareffekte nicht realisiert werden können. Bei Vergabe von Untersuchungsaufträgen an externe Berater entstünden weitaus höhere Aufwendungen.

Produkt 011101 Rechts- und Versicherungsangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 2,31

kw-Vorschlag: -0,5

Die interne Rechtsberatung der Verwaltungsführung und der Ämter muss sinnvollerweise durch die juristischen Mitarbeiter des Sachgebietes Recht und Versicherung weiterhin selbst durchgeführt werden. Bei Realisierung eines kw-Vermerks müssten daher die Prozessvertretungen fremd vergeben werden. Die hierdurch entstehenden Aufwendungen wären höher als die Einsparung von Personalaufwendungen. Hinzu kämen zusätzliche Personalanteile in den Ämtern, die für die Abstimmung zwischen dem Amt und dem beauftragten Anwalt anfielen.

Produkt 011201 Grundstücksmanagement – unbebaute Grundstücke

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 2,05

kw-Vorschlag: -0,5

Nach Auflösung des SG 26.3 Liegenschaften wurde 1 VZ-Stelle eingespart und die Aufgaben entsprechend auf vorhandenes Personal verteilt. Schwerpunkt in diesem Bereich ist der Interessensausgleich bezüglich der städtebaulichen Nutzung – und Anspruchskonflikten sowie der Einschätzung der tatsächlichen Wertverhältnisse zwischen den Käufern und Verkäufern. Die bereits anstehenden Planungen insbesondere im Bereich der Vermarktung und Bauleitplanung (Projekte Albert-Schweitzer-Schule, Theodor-Heuss-Schule) könnten nicht durchgeführt werden.

Produkt 011301 Gebäudeunterhaltung

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 9,45

kw-Vorschlag: -0,5

Die Stellenanteile sind weiterhin erforderlich, da bei Wegfall von 0,5 Stellen eine Aufgabenerfüllung „dauernde Gebäudeunterhaltung und Durchführung von Um- und Neubauten“ mit eigenem Personal nicht mehr gewährleistet werden kann. Hier wären dann kostenintensive Fremdvergaben erforderlich.

Produkt 011302 Bewirtschaftung

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 27,84

kw-Vorschlag: -2,5

Die Stellenanteile sind für die durchgehende Betreuung der Gebäude durch Hausmeister und die Aufgabenerledigung im Verwaltungsbereich u. a. Vermietung von städt. Räumen, Hausverwaltung städt. Objekte, Fremdreinigung, Durchführung der Kosten- und Leistungsrechnung erforderlich. Bereits die Beachtung der Verkehrssicherungspflicht würde eine Beauftragung externer Hausmeisterdienste erfordern.

Produkt 011501 Paten- und Partnerschaften

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 0,71

kw-Vorschlag: -0,2

Würde der beantragte kw-Vermerk realisiert werden, müsste sich die Partnerschaftsarbeit ausschließlich auf Vorbereitung und Durchführung der offiziellen Delegationen, die Teilnahme an COMENIUS-Projekten und nur noch vereinzelte Veranstaltungen mit der Bundeswehr beschränken. Unterstützungen z. B. im Bereich Bürgerbegegnungen und Künstler- oder Sportleraustausch könnten nicht mehr gewährt werden.

Produkt 020201 Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 3,53

kw-Vorschlag: -0,5

Der Dienstleistungsanspruch müsste im Hinblick auf die Publikums- und Beratungszeiten eingeschränkt werden. Die Fallzahlen dieses Aufgabenbereichs (insbesondere im mittleren Dienst) und die inhaltlich anspruchsvolle Sachbearbeitung des gehobenen Dienstes lassen eine Kürzung um eine weitere halbe Stelle (im Jahr 2009 erfolgte bereits eine Reduzierung durch die Verwaltung in diesem Produkt um 0,25 VZK) nicht zu. Auch der Einsatz von knapp 1 VZK im Bereich der KOD- und Marktmeistertätigkeit ist unabdingbar für die ordnungsgemäße Überwachung der Märkte.

Produkt 030201 Schulverwaltungsangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 5,44

kw-Vorschlag: -0,5

Eine Kürzung würde sich überwiegend auf die Stellen der Schulsekretariate beziehen. Diese sind bereits heute schon an 5 von 8 Grundschulen sowie an der Förderschule nicht an allen Tagen besetzt. Die Aufgaben der Sekretariate haben sich durch den Ausbau des Ganztagsbetriebs und der Inklusionsarbeit ausgeweitet und lassen weitere Einschränkungen nicht zu. Eine Reduzierung im Bereich der Schulverwaltung hätte erhebliche Auswirkungen u. a. auf die Budgetverwaltung incl. der Landesmittelbearbeitung.

Produkt 040201 Kulturförderung

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 1,11

kw-Vorschlag: -0,2

Die aktuelle Personalausstattung in der Kulturverwaltung entspricht dem Beschluss zum Strategiepapier Kultur. Bei einer Verringerung um 0,2 VZK müssten die Beratung der Kultur pflegenden Vereinen und Organisationen, die Planung und Vorbereitung der kulturellen Veranstaltungen sowie die Projektarbeit reduziert werden. Dies hätte negative Auswirkungen auf das Image des Kulturbereiches und stünde der Zukunftsaufgabe, kulturelle Bildungsangebote vorzuhalten, entgegen.

Produkt 040601 Stadtbücherei

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 11,14

kw-Vorschlag: -1,0

Die Öffnungszeiten müsste um weitere 8 auf dann nur noch 27,5 Stunden reduziert werden, wodurch weniger Kunden die Bücherei nutzen könnten. Dies würde wiederum zu einer Verringerung der Erträge führen und darüber hinaus evtl. zu einem Kaufkraftverlust durch Abwanderung in Nachbarstädte führen.

Produkt 040801 Stadtarchiv Hilden

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 2,67

kw-Vorschlag: -0,5

Die bürgerfreundlichen Öffnungszeiten sowie der Service könnten nicht mehr aufrecht erhalten werden. Bearbeitungszeiten externer und interner Anfragen (Presse, Anwälte, Gerichte, Standesamt, Bürgerbüro etc.) sowie die Altaktenausgabe bei Anforderungen aus dem Rathaus könnten nur zeitverzögert bearbeitet werden. Reduzierung des Angebots von Praktikumsplätzen, des Internetauftritts sowie der Archivpädagogik wären weitere Folgen.

Produkt 050301 Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII)

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 5,53

kw-Vorschlag: -1,0

Die rechtzeitige Beachtung rechtlicher Veränderungen und damit Anpassungen an die veränderte Rechtslage wären nicht mehr gewährleistet. Gleichzeitig müssten Öffnungszeiten erheblich reduziert werden. Die Bearbeitungszeiten würden sich erheblich verlängern. Die Servicequalität würde drastisch abnehmen.

Zu beachten ist, dass für die Leistungen nach dem SGB XII ein aktuelles Gutachten der GPA vorliegt, wonach der jetzige Personalschlüssel nicht ausreicht.

Produkt 060301 Bereitstellung von Hilfen inner- und außerhalb von Familien

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 15,34

kw-Vorschlag: -1,5

Bei einem Wegfall der 1,5 Stellen müssten die Standards für die Überprüfung von Hilfebedarfen (Eingangssteuerung), die kontinuierliche Verlaufssteuerung der eingesetzten Hilfen, die Überprüfung von Kindeswohlgefährdungsmeldungen und die Einleitung von Schutzmaßnahmen erheblich reduziert werden.

Die unzureichende Steuerung würde einen Anstieg des Aufwandes für Hilfen zur Erziehung nach sich ziehen.

Gesetzliche Verfahrensstandards könnten nicht mehr umgesetzt werden. Die Absenkung der Standards im Bereich Kinderschutz würde im Rahmen der Garantenpflicht des örtlichen Jugendhilfeträgers erhebliche Risiken verursachen.

Produkt 060305 Beratungsangebote für Familien und Bildung

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 4,26

kw-Vorschlag: -0,5

Ziel der Servicestelle Familien- und Bildungsbüro Stellwerk ist es, ein umfassendes und aktuelles Informationsangebot in familienrelevanten Fragen vorzuhalten. Dazu bedarf es der Erreichbarkeit auf elektronischer, telefonischer und persönlicher Ebene. Diese ist ohne fest verankerte Öffnungs- und Erreichbarkeitszeiten nicht zu realisieren. Daneben könnten Sonderveranstaltungen wie der Familientrödelmarkt oder Infoveranstaltungen nicht oder nur stark reduziert durchgeführt werden. Auch könnten die verschiedenen Konzepte (Daten-, Medien-, Großelternkonzept, Facebookauftritt) nicht wie geplant umgesetzt werden.

Produkt 090101 Stadtplanung

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 5,01

kw-Vorschlag: -0,5

Von den 5,01 Stellen sind seit Jahren 0,14 VZK aus familiären Gründen nicht besetzt, müssen aber für eine evtl. Rückkehr aus der Beurlaubung vorgehalten werden. Die geographische Struktur Hildens bedeutet bei Umplanungen ein komplexes Abwägen aller Möglichkeiten. Die regelmäßige Abstimmung mit überörtlichen Planungsträgern ist wichtig z. B. für die Umsetzung des neuen Regionalplans der BezReg. Düsseldorf. Die vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen des IHK könnten nicht durchgeführt werden.

Produkt 090301 Vermessungs- und Geodatenmanagement

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 6,95

kw-Vorschlag: -1,5

Auch hier sind 0,5 VZK aus familiären Gründen nicht besetzt und müssen weiter vorgehalten werden. Zudem sind zwei Stellen mit kw-Vermerken von jeweils 0,5 VZK ausgewiesen. Bereits durch die Auflösung des SG 26.3 Liegenschaften wurden die entsprechenden Aufgaben ohne Stellenzuwachs in das SG Vermessung integriert. Die umfangreichen Planungsprozesse der übrigen Ämter/Sachgebiete beinhalten stets auch umfassende Ingenieurs- und Katastervermessungen.

Produkt 100402 Wohnungsangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 1,28

kw-Vorschlag: -0,78

Die rechtzeitige Beachtung rechtlicher Veränderungen und damit Anpassungen an die veränderte Rechtslage wären nicht mehr gewährleistet. Gleichzeitig müssten Öffnungszeiten erheblich reduziert werden. Die Bearbeitungszeiten würden sich erheblich verlängern und die Servicequalität drastisch abnehmen.

Produkt 110202 Abfallwirtschaft

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 26,43

kw-Vorschlag: -1,5

Das hohe Niveau der Abfallentsorgung (die Gebühren sind bereits jetzt auf einem sehr günstigen Niveau) mit werktäglicher Öffnung des Wertstoffhofes, Annahme von Bauschutt und Mischmüll und der Sperrgutexpress müssten reduziert werden. Senkung der Personalkosten = Senkung der Gebühreneinnahmen = keine Entlastung des Haushalts.

Produkt 110302 Stadtentwässerung

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 6,6

kw-Vorschlag: -0,6

Baugenehmigungsverfahren werden verzögert, Sanierungsfristen aus Ordnungsverfügungen der Unteren Wasserbehörde zu Abwassereinleitungen können nicht eingehalten werden. Vom Rat beschlossenes Abwasserbeseitigungskonzept wird verzögert umgesetzt.

Produkt 120101 Verkehrsflächen und Brücken

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 7,55

kw-Vorschlag: -0,55

Die Verkehrssicherungspflicht kann nicht erfüllt werden, Bürgerwünsche können nicht mehr bearbeitet werden, Verkehrsrechtliche Genehmigungen für Firmen werden verzögert.

Produkt 130303 Wald- und Forstwirtschaft

Gesamt-VZK lt. Stpl 2014: 6,42

kw-Vorschlag: -0,5

Der Ausbildungsplatz für Forstwirt kann nicht mehr bereitgestellt werden, die Einnahmen aus Holzverkauf sinken wegen fehlendem Holzeinschlag. Die Spazierwege müssen gesperrt werden, da Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Die Personalbereitstellung für Straßenwinterdienst wäre nicht mehr möglich.

Antrag Nr.	015	Antragsteller	Bündnis90/Grüne	Verweis auf Antrag
------------	------------	---------------	-----------------	--------------------

Amt	Produkt	050501	Hilfen zur Integration
	Kostenträger		
	Kostenart	999999	Sonstige Änderungen

	2014	2015	2016	2017
Ansatz Entwurf:	0,00	0,00	0,00	0,00
Geplante Änderung:	0,00	0,00	0,00	0,00
Neuer Ansatz:	0,00	0,00	0,00	0,00

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
PA				
H + F				

Erläuterungen Beschluss

Text Antrag

Der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung Hilden wird schrittweise erhöht bis er in etwa dem an der Bevölkerung entspricht.

Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Nach Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Somit wird die Auswahl zunächst nach diesen Kriterien, abhängig von der zu besetzenden Stelle, getroffen. Diese Entscheidungen werden unabhängig von der Frage der Nationalität des Bewerbers getroffen, es sei denn, es handelt sich um eine Beamtenstelle; hier gelten bestimmte Einschränkungen nach den entsprechenden Vorschriften.

Sofern die gleiche Eignung, Befähigung und fachliche Leistung festgestellt werden konnte, ist im Einzelfall noch die Vorschrift zur vorrangigen Berücksichtigung schwerbehinderter Bewerber einschlägig. Daneben ist in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, auch das Geschlecht ein Auswahlkriterium nach dem Landesgleichstellungsgesetz. Sollten dann noch mehrere gleich zu bewertende Bewerber/innen vorhanden sein, würde durch die Verwaltung bereits jetzt das Kriterium Migrationshintergrund zur Entscheidung herangezogen werden. Insofern wird die Intention des Antrages bereits heute erfüllt.

Antrag Nr.	017	Antragsteller	Bündnis90/Grüne	Verweis auf Antrag
------------	------------	---------------	-----------------	--------------------

Amt	Produkt	140101	Umweltschutz
6600	Kostenträger	1401010010	Altlasten/Umwelt
	Kostenart	50xxxx	Personalaufwand

	2014	2015	2016	2017
Ansatz Entwurf:	16.007,00	16.007,00	16.007,00	16.007,00
Geplante Änderung:	28.000,00	56.000,00	56.000,00	28.000,00
Neuer Ansatz:	44.007,00	72.007,00	72.007,00	44.007,00

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
UKS				
PA				
H + F				

Erläuterungen Beschluss

Text Antrag

Die Stadt Hilden stellt zur Jahresmitte zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes eine Klimaschutzmanagerin / einen Klimaschutzmanager ein.

Die Stadt übernimmt dabei 35% der Personalkosten (65 % Fördermittel des BMU)

Im Fachausschuss soll darüber beraten werden, wo diese Stelle angesiedelt werden soll.

Begründung:

Um im Klimaschutzkonzept vorgeschlagenen Maßnahmen schrittweise realisieren zu können, ist die Einstellung einer Fachkraft Voraussetzung.

Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Die Stadt Hilden hat bereits schon sehr viel auf dem Gebiet des Klimaschutzes unternommen, was u. a. die Komplettanierung des HGH und der Sekundarschule belegen.

Außerdem soll nach der Beschlusslage des Stadtentwicklungsausschusses (SV 66/166 „Beleuchtung der Straßen, Wege, Plätze und der Fußgängerzone“) für rd. 0,5 Mio. € die bisherige Beleuchtung in der Innenstadt durch LED-Technik ersetzt werden.

Außerdem wird in der SV 66/173 ausgeführt, dass weitere Maßnahmen umgesetzt wurden/werden, wie Carsharing-Angebot, Teilnahme Ökoprotit, Energiekonzept Neubebauung ehem. Albert Schweitzer Schule), Fortführung Energiesparmodelle in Schule und Kitas und Anschaffung des Software-Moduls „Energiemanagement“. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage wird daher im Moment keine Möglichkeit gesehen, weitere Projekte aus dem Klimaschutzkonzept zu finanzieren, die nicht im Haushaltsplanentwurf 2014 enthalten sind.

Hinweis:

Sollte der Antrag angenommen werden, müssten nach dem Bruttoveranschlagungsprinzip die Personalkosten 2014 um 28.000,- € erhöht werden, in 2015 und 2016 jeweils um 56.000,- € und in 2017 um 28.000,- €. Dem stünden in 2014 und 2017 jeweils 18.200,- € an Fördermitteln gegenüber, in 2015 und 2016 36.400,- €.